



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

Betreff

wie umstehend

Chiemseehof

(0662) 41561 Durchwahl

Datum

2428

14. OKT. 1985

Neue
Telefonnummer
(0662) 8042 Durchwahl

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der Nö. Landesregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Nö. Landesregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Befristet GABSTENWUR.
Zi 65-10-1985
Datum: 18. OKT. 1985
Verteilt 1985-10-18 Machh

Dr. Ritzinger

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Edelmayer
LandesamtsdirektorFür die Richtigkeit
der Ausfertigung:



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundeskanzleramt/
Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Neue
Telefonnummer
(0662) 8042 Durchwahl



Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-146/125-1985

Chiemseehof

☎ (0662) 41561 Durchwahl

Datum

2285/Dr. Faber

14.10.1985

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965 geändert wird; Stellungnahme

Bzg.: Do. GZ 457/5-V/1/85

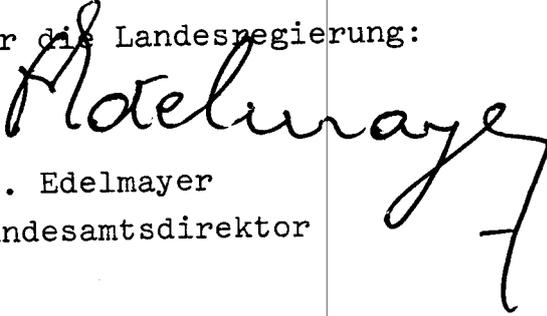
Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf teilt das Amt der Salzburger Landesregierung mit, daß hiegegen unbeschadet der hiesigen Stellungnahme zum Entwurf einer AVG-Novelle von seinem Standpunkt aus keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Aus legistischer Sicht wird angemerkt, daß das Bürgerbeteiligungsverfahren nach dem Entwurf einer AVG-Novelle das schriftliche Stellungnahmeverfahren und die mündliche Anhörung umfaßt. Die Formulierung "fand jedoch im Bürgerbeteiligungsverfahren statt" ist somit für den 2. Fall, nämlich dem fruchtlosen Verstreichen der Drei-Monate Frist für die Anhörung, unpräzise. Sprachlich sollte die Aussage in einen eigenen Satz gefaßt werden, der etwa beginnen könnte: "Wurde ein Verfahren gemäß den §§ 36a ff AVG 1950 eingeleitet, "

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landes-

regierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor